Luxemburg

Guido Lessing/Jean-Marie Majerus

Am Tag der Invasion russischer Truppen in die Ukraine erklärte der Luxemburger Verteidigungsminister François Bausch (Déi Greng), man könne „eventuell weitere ein bis zwei Soldaten [nach Litauen] schicken“[1], um die dort im Rahmen der Enhanced Forward Presence (EFP) der NATO bereits stationierten Kräfte zu unterstützen. Gleichzeitig verwies er im Einklang mit seinen Kolleg:innen aus EU und NATO, dass die Ukraine eben kein Mitglied des Nordatlantikpaktes sei und deshalb der Bündnisfall nicht eintrete. Wenngleich sich an diesem Umstand seit Februar nichts geändert hat, wurde auch Luxemburg von einer neuen geostrategischen Realität eingeholt und beteiligt sich mittlerweile sogar an Waffenlieferung an die Ukraine. Kategorisch bleibt bis dato die Ablehnung des von der NATO angestrebten Ziels, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Im laufenden Jahr 2022 werden sich diese auf etwa 0,6 Prozent des PIB belaufen.[2]

Erhöht hat sich auch der politische Druck, von den traditionell sehr guten Beziehungen Luxemburgs zu Russland abzulassen. Bei seiner Ansprache an die Luxemburger Abgeordneten am 2. Juni 2022 unterstrich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj denn auch den Anspruch der Ukraine, als freies, demokratisches und unabhängiges Land ohne russische Bedrohung existieren zu können. Neben dem Dank für die (spät angelaufene) militärische und finanzielle Unterstützung seines Landes durch Luxemburg[3] ging es dem ukrainischen Präsidenten dabei vor allem um Unterstützung für weitere europäische Sanktionsrunden gegenüber Russland und für den angestrebten Beitritt des Landes zur EU.

Erwartungen an Europa in Zeiten von Corona

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn unterstrich am 9. November 2021 in seiner Rede vor dem Parlament die positive Rolle der EU bei der Besorgung von Impfstoffen gegen Covid-19. Eine gewisse Unzufriedenheit mit der EU bei der Pandemiebekämpfung erklärt der Luxemburger Europaabgeordnete Christoph Hansen (Europäische Volkspartei, EVP) dadurch, dass die Nationalstaaten im Wesentlichen in Eigenregie Maßnahmen ergriffen haben. Dadurch sei wohl in der Bevölkerung der Eindruck entstanden, weder die europäische Kommission noch das europäische Parlament hätten ihre Arbeit gemacht.[4] Mit Recht verwies Hansen darauf, dass die Pandemiebekämpfung in den Kompetenzbereich der Nationalstaaten und nicht in denjenigen der EU fällt.

1 Annette Welsch: Bausch: „Wir sind nicht direkt beteiligt“, in: Luxemburger Wort, 24.2.2022.
2 Peter Feist: Die kleine Armee und der Krieg, in: D’Lëtzebuerger Land, 1.4.2022.
3 Michèle Gantenbein: Selenskyi: „Ich danke Luxemburg, dass es an unserer Seite steht“, in: Luxemburger Wort, 2.6.2022.
4 Sydney Wildgen: Nach der Pandemie der Krieg - Vertrauen der Luxemburger in EU-Führung sinkt, in: Tageblatt, 14.4.2022.

Der Ruf nach offenen Grenzen

Auch zwei Jahre nach der zeitweiligen Schließung der Grenzen durch die deutsche Bundespolizei unter dem Schild der Pandemiebekämpfung sitzt der Schock über die zeitweise Aussetzung des freien Waren- und Personenverkehrs in Luxemburg tief. Angesichts der Bedeutung offener Grenzen für den nationalen Arbeitsmarkt, der im Jahr 2021 zu 46 Prozent aus Grenzgänger:innen bestand,[5] suchte die Luxemburger Regierung den Schulterschluss mit ihren Benelux-Partnern sowie den baltischen Staaten. Im Juni 2021 schlugen die sechs Staaten der Europäischen Kommission vor, bei Gesetzprojekten zukünftig systematischen deren Auswirkung auf die Grenzregionen zu evaluieren. In ihrem Einsatz für offene Grenzen setzt die Luxemburger Regierung zudem auf ihre Partner in der Großregion als strategische Partner.[6]

In dem Bewusstsein um die Bedeutung des wirtschaftlichen Aufschwungs für den europäischen Zusammenhalt hat die Luxemburger Regierung von Beginn an den vom Europäischen Rat im Juli 2020 verabschiedeten Konjunkturplan NextGenerationEU mitgetragen. Sie steht dabei in einer Tradition mit der Regierung Jean-Claude Junckers, die sich schon im Zuge der Finanzkrise für Eurobonds aussprach. Obwohl die heimische Wirtschaft die Kontraktion des PIB um –1.8 Prozent im Pandemiejahr 2020 im Folgejahr 2021 mit einem Wachstum um 6.9 Prozent bei Weitem überkompensiert hat,[7] gehört das Großherzogtum zu den ersten Staaten, die ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplan bei der Kommission eingereicht haben.[8]

Wahlen bei den großen Nachbarn

Die seit den Bundestagswahlen 2021 regierende Ampelkoalition in Deutschland hat in gewisser Hinsicht einen Vorläufer in Luxemburg, wenngleich mit einer anderen Gewichtung zwischen den Parteien.[9] Die Zusammenarbeit mit der neuen deutschen Regierung dürfte sich also als unproblematisch erweisen.

Mit großem Interesse wurden die französischen Präsidentschaftswahlen im April 2022 verfolgt. Obgleich der Sieg Emmanuel Macrons mit Genugtuung aufgenommen wurde, bereitet das gute Abschneiden Marine Le Pens im benachbarten Lothringen Sorgen. 2017 zeigte die Wahlgeographie Lothringens noch, dass die Gemeinden mit hohem Anteil an Grenzgänger:innen weniger zu Le Pen tendierten als im Landesdurchschnitt. 2022 hat die extreme Rechte auch in diesen Gemeinden zugelegt.[10]

Weiterführende Literatur

Rebecca Forman/Elias Mossialos: The EU Response to COVID-19: From reactive policies to strategic decision-making, in: Journal of Common Market Studies 59/2021, S.56–68.

Philippe Poirier (Hg.)/Frédéric Albert/Konstantinos Papastathis: Le vote populiste en Europe, Paris 2020.

5 Maurice Fick: Comment le monde du travail évolue-t-il au Luxembourg?, in: RTL, 5 minutes, 30.4.2022.

6 Jean Asselborn: Ministère des Affaires étrangères: Déclaration de politique étrangère, 09.11.2021, abrufbar unter https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2021/11-novembre/09-asselborn-chd-affetr/Declaration-de-politique-etrangere-2021-Francais-.pdf (letzter Zugriff: 1.8.2022).

7 Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (STATEC): Note de conjoncture. La situation économique au Luxembourg Évolution récente et perspectives, Juni 2022.

8 Luxemburger Wort: Von der Leyen nimmt Luxemburgs Aufbaupläne an, 18.6.2021.

9 Melanie Amann: Die Kanzlerin und die Gambiakoalition, in: Der Spiegel, 18.10. 2021.

10 Bernard Thomas: Les frontaliers et les frontistes. Travailler au Luxembourg immunise-t-il contre le virus d'extrême-droite?, in: D'Lëtzebuerger Land, 15.4.2022.